

V0404/24

**Neugründung 3. staatliche Realschule;
Sanierung und Umbau Haus D, Brückenkopf 1, 85051 Ingolstadt zur Nutzung als
Interimsschulgebäude;
Programmgenehmigung
(Referenten: Herr Engert, Herr Hoffmann)**

Antrag:

1. Der Sanierung und dem Umbau des Hauses D (aktuell Tilly-Realschule/ Wirtschaftsschule) als Interimsschulgebäude für die Neugründung der 3. staatlichen Realschule, bis zum Neubau auf dem ehemaligen Rosner-Areal, wird zugestimmt.
2. Für die Interimsnutzung der 3. staatlichen Realschule wird zur Beschulung von bis zu 16 Klassen zzgl. 2 Ersatzklassen/ ca. 2,6 Züge ein Gesamtraumprogramm von rd. 3.074 m² NUF 1-6 genehmigt. Es setzt sich zusammen aus dem
 - 2.1 Schulraumprogramm mit Flächen für den Unterrichts-, Personal-, Verwaltungs-, Arbeitstechnischen/ Aufenthalts-/ Pausenbereich von rd. 2.863 m² NUF 1-6.
 - 2.2 Ganztagsraumprogramm mit Flächen für schulische Ganztagsbetreuung (offene Ganztagsbetreuung) von rd. 211 m² NUF 1-6.
3. Für die Mittagsverpflegung stehen im Haus D keine Flächen bzw. küchentechnische Ausstattung zur Verfügung. Bis zur Inbetriebnahme als Interimsschulgebäude wird ein Verpflegungskonzept (Mitnutzung externe Mensa oder Anlieferung) von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.
4. Das Sportanlagenraumprogramm für ca. 20 Sportklassen wird durch Sportfahrten zu bestehenden Sportanlagen mit freien Belegungskapazitäten sichergestellt. Eine detaillierte Einweisungs-/ Belegungsplanung wird bis zur Inbetriebnahme von der Verwaltung erarbeitet und abgestimmt.
5. Die Planungsmittel in Höhe von 2.000.000 Euro für die Sanierung und den Umbau des Hauses D als Interimsschulstandort für die 3. staatliche Realschule werden genehmigt.
Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 2.000.000 Euro wurden zum Haushalt 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) über die Jahre 2024 und dem Finanzplanungszeitraum 2025 – 2027 angemeldet. Über die bauliche Umsetzung und weitere Finanzierung der Maßnahme ist nach Vorlage der Planungen (Projektgenehmigung) erneut Beschluss zu fassen.
6. Der Einleitung eines VgV-Verfahrens zur Gewinnung der (Fach-)planer wird zugestimmt. Die, in der Gesamtsumme enthaltenen, erforderlichen Mittel in Höhe von 50.000 Euro stehen in 2024 auf der Haushaltsstelle 243000.940100 (Wirtschaftsschule, Hochbaumaßnahmen, Sanierung) zur Verfügung.

Ausschuss für Kultur und Bildung	09.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit	11.07.2024	Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	16.07.2024	Vorberatung
Stadtrat	23.07.2024	Entscheidung

Stadtrat vom 23.07.2024

Vor kurzem sei darauf hingewiesen worden, dass man mit den Schulbauten deutlich in Verzug sei. Nun betreffe dies nicht nur die Landkreisschüler, die bei den Gymnasien betroffen seien, sondern auch die Schüler in Ingolstadt, die an den Realschulen nicht mehr unterkommen können. Stadtrat Dr. Schickel weist ausdrücklich darauf hin, hier ein Ingolstadt-Tempo zu fahren, damit die dritte Realschule so schnell wie möglich umgesetzt werde. Es solle den Schülern die Möglichkeit geschaffen werden, hier unterzukommen. Weiter verweist er auf die Problematik der Sportstätten. Auch hier müsse ein tragfähiges Konzept unverzüglich ausgearbeitet werden. Danach betont Stadtrat Dr. Schickel, dass auch ein Nachnutzungskonzept für diese Übergangslösungen vorgelegt werden müsse. Er glaube, dass Ingolstadt in der nächsten Zeit so viele Schulbaumaßnahmen habe, dass man es sich nicht leisten könne, diese Schule nur für eine Übergangslösung vorzuhalten. Insofern sei sein dringender Appell, hier unverzüglich zu beginnen und diese dritte Realschule so schnell wie möglich auf den Weg zu bringen. Es solle sich von dieser Interimslösung verabschiedet werden und es müsse eine dauerhafte Lösung für diese dritte staatliche Realschule in Ingolstadt gefunden werden.

Es sei klar, dass man einen schnelleren Grunderwerb für die dritte Realschule benötige, so Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Sie glaube aber, dass man um eine Interimslösung nicht herumkomme. Wie bereits im Kulturausschuss besprochen, werde diese auch im Hinblick auf das Schulbauprogramm genutzt werden.

Stadtrat Reibenspieß stimmt seinem Stadtratskollegen Dr. Schickel zu. Er habe um telefonische Auskunft bei der Regierung von Oberbayern gebeten und erfahren, dass die Stadt eine sehr gründliche Ausgestaltung vorgelegt habe. Die Regierung sei begeistert gewesen. Mit einem Finanzierungsbedarf von 10,5 Mio. Euro solle dieses Haus saniert werden. Fraglich sei, was man nun bekomme, denn beim Haus D stehe keine küchentechnische Ausstattung für die Mittagsverpflegung zur Verfügung. Auch auf die Fachräume Physik, Biologie und Chemie werde verzichtet und dafür multifunktionale naturwissenschaftliche Räume, die den Unterricht ermöglichen sollen, errichtet. Teilweise fehlen auch Räume für Kunst und Werken. Für die Benutzung einer Schulküche und den Sportunterricht werden Fahrten zu bestehenden Sportanlagen mit freien Belegkapazitäten nötig. Dies werde nach Meinung von Stadtrat Reibenspieß nicht einfach werden. Auch bemängelt er, dass jede Fahrt ein Verlust der Unterrichtszeit sei und somit die Chancengleichheit nicht gewährleistet sei. Fraglich sei auch, was hinterher mit diesen Gebäuden passiere und ob ein Umbau für eine neue Verwendung nötig sei. Das städtische Problem sei, dass es keine geeigneten Flächen zur Bebauung gebe und deshalb solle über die Stadtgrenze hinausgeschaut werden. Der Vorlage sei zu entnehmen, dass vor allem die Ickstatt-Realschule von der Klassenmehrung bei den Realschulen im Norden betroffen sei. Deshalb solle man sich nördlich umsehen. Es könne zum Beispiel im Landkreis Eichstätt ein Standort für eine Sportanlage unter der Trägerschaft eines neu zu gründenden Zweckverbandes umgesetzt werden. Dies sei zum Vorteil für beide Seiten, so wie es beispielsweise bereits beim Gymnasium Gaimersheim sehr erfolgreich umgesetzt worden

sei. Weiter verweist er auf Beispiele mit Zweckverbänden wie der Realschule Gauting, Herrsching oder Odelshausen, wo die Zusammenfassung hervorragend funktioniert habe. Stadtrat Reibenspieß betont, dass man das Realschulproblem nicht mit der Gebäudesanierung löse, weil gewisse Vorgaben, die für den Unterricht dringend notwendig seien, nicht erfüllt werden. Er betont, dass es sich hier nur um eine Interimslösung handelt und verweist hierzu auf Parallelen zum Rosner-Areal. Dies sei auch zu klein für eine Mittelschule, eine Realschule und eine Sportanlage. Man müsse allen verschiedenen Bildungsabschlüssen gerecht werden. Wenn man die Bedarfe an den einzelnen Schulen erkenne sei ersichtlich, dass unmöglich zwei so große Schulen und zusätzlich eine Sportanlage auf dem Rosner Gelände untergebracht werden können.

Sich nun auf eine neue Grundstücksuche zu begeben mache das Vorhaben nicht unbedingt schneller, sondern führe zu einer weiteren Verzögerung, so Stadträtin Leininger. Stand sei, dass man ein Grundstück habe, das beide Schulen aufnehmen könnte. Um hier Tempo reinzubringen bittet sie um konkrete Information zum zeitlichen Ablauf, auch im Hinblick auf die Verhandlungen mit Audi. Sie fragt nach, wann sich eine Lösung abzeichne. Ihres Erachtens sei eine Klarstellung hier wichtiger, als eine neue Grundstückssuche. Eine Interimslösung sei nun unumgänglich, da die Schüler vorhanden seien.

Herr Fleckinger informiert, dass der angepasste Vertragsentwurf am Freitag an die Firma AUDI zur Prüfung versandt worden sei. Der Notars-Entwurf enthalte noch einige offene Fragen, liege aber der Firma AUDI vor. Herr Fleckinger hoffe, dass in allernächster Zeit diese wenigen Punkte abgestimmt werden können, um final nach der Sommerpause in die entsprechenden Schlussverhandlungen und die Beurkundung gehen zu können.

Nach der Sommerpause werde nach Vorliegen des Vertragsentwurfs umgehend in das weitere Vorgehen eingestiegen. Herr Hoffmann merkt an, dass hierfür die Kapazitäten im Hochbauamt blockiert seien. Er rechne mit einer Planungszeit von ca. zwei Jahren. Es werde kein Wettbewerb, sondern höchstens ein Plangutachten vorgeschaltet werden. Schulbau-Ingenieure werden dann ca. eineinhalb Jahre planen und nach der Ausschreibung werde man Ende 2026 beziehungsweise Anfang 2027 beginnen können. Herr Hoffmann betont, dass die Machbarkeitsstudie mit den Quadratmetern des Raumprogramms selbst durchgeführt worden sei. Dies ersetze noch keine Planung, weil sicherlich der letzte Quadratmeter nicht an der richtigen Stelle sei. Es werde nicht üppig und es sei klar, dass die Schulen das ein oder andere parallel nutzen müssen. Aber es habe doch gezeigt, dass alles, wie auch die Sportflächen mit einer großen Halle, auf das Grundstück passen.

An Stadtrat Dr. Schickel gewandt merkt Stadtrat Dr. Schuhmann an, dass er wissen müsse, wie lange sich solche Planungen hinziehen können. Dabei verweist er auf die zehnjährige Bauzeit des Apian-Gymnasiums. Auch die Umlandzunahme und die eigene Bevölkerungszunahme habe sich rapide verändert. Weiter fragt er sich, wozu es vorbereitende Ausschüsse gebe, wo alles genau hinterfragt werden könne, wenn man dann in der Plenarsitzung alles bemängelt.

Wie der Presse zu entnehmen sei, gebe es auch bei der Gnadenthal-Realschule Diskussionen. Herr Grandmontagne informiert über ein heutiges Gespräch mit dem Bistum Eichstätt und einem angedachten Treffen. Das Bistum habe signalisiert, dass sie bei der Frage, wie lange die Anmietung seitens der Stadt für das Ignatius-Haus stattfinden könne, ein Entgegenkommen signalisiert habe.

Stadtrat Reibenspieß weist darauf hin, dass zwischen architektonischen und pädagogischen Möglichkeiten klar differenziert werden müsse. Er erinnert an das Piusviertel wo mit der Verdichtung begonnen worden sei. Nun sei klar, dass man dies nicht hätte machen dürfen.

Genau dies werde nun bei den Schulen getan. Es werden riesengroße Schulen gebaut und die Freiflächen werden immer geringer und das pädagogische trete völlig in den Hintergrund. Dies kritisiere Stadtrat Reibenspieß.

Stadtrat Dr. Böhm erinnert an den gemeinsamen Bau einer Schule mit dem Markt Gaimersheim. Seines Erachtens solle man hier auf die Grundstückssuche gehen, denn dort biete sich ein Bau an.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll merkt an, dass es sich hier um die Interims-Realschule am Brückenkopf handelt. Ihres Erachtens werde der Gesamtkomplex sicher noch mehrfach im Stadtrat diskutiert werden.

An Stadtrat Dr. Schuhmann gewandt weist Stadtrat Niedermeier darauf hin, dass vor Jahren die BGI eine weiterführende Schule in Friedrichshofen beantragt habe. Stadtrat Dr. Schuhmann habe hier sehr gemäßregelt. Weiter könne Stadtrat Niedermeier Stadtrat Dr. Böhm unterstützen, denn in Friedrichshofen gebe es noch viele freie Flächen für einen möglichen Bau einer Schule. Man bräuchte nicht einmal einen Sportplatz, da der des VFB genutzt werden könne. Seines Erachtens sei Friedrichshofen das zukünftige Kulturzentrum, das dies vertragen könne.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.